

Antrag

der Abgeordneten Martin Erwin Renner, Marc Bernhard, Peter Boehringer, Stephan Brandner, Jürgen Braun, Marcus Bühl, Petr Bystron, Dr. Gottfried Curio, Siegbert Droese, Dietmar Friedhoff, Dr. Götz Frömming, Markus Frohnmaier, Albrecht Glaser, Franziska Gminder, Wilhelm von Gottberg, Udo Theodor Hemmelgarn, Martin Hohmann, Leif-Erik Holm, Dr. Marc Jongen, Jens Kestner, Stefan Keuter, Jörn König, Steffen Kotré, Andreas Mrosek, Hansjörg Müller, Volker Münz, Christoph Neumann, Ulrich Oehme, Gerold Otten, Tobias Matthias Peterka, Paul Viktor Podolay, Martin Reichardt, Dr. Robby Schlund, Uwe Schulz, Thomas Seitz, Detlev Spangenberg, Dr. Dirk Spaniel, Dr. Harald Weyel, Dr. Christian Wirth, Uwe Witt und der Fraktion der AfD

Deutsch als Arbeitssprache in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich im Europäischen Rat dafür einzusetzen, dass Deutsch in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der Europäischen Union – wie auch in der Europäischen Kommission üblich – zur gleichberechtigten offiziellen Arbeitssprache erhoben wird.

Über die entsprechenden politischen Initiativen der Bundesregierung ist dem Deutschen Bundestag bis zum 31.7.2020 ein umfassender Bericht vorzulegen.

Berlin, den 24. Januar 2020

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

Begründung

Die europäische Sprachenvielfalt ist ein kultureller Wert ersten Ranges und bildet den besonderen Reichtum Europas. Die Emanzipation der europäischen Volkssprachen vom Latein und ihre Weiterentwicklung zu Literatur- und Wissenschaftssprachen – die sich alle gegenseitig beeinflussten – war nicht nur Grundlage der europäischen Aufklärung. Sie hat den Aufstieg der modernen Wissenschaften und den auf ihnen beruhenden technischen Fortschritt ermöglicht. Aus sprachlicher Ausdrucksfähigkeit erwächst Kreativität. In Kenntnis dieser Zusammenhänge hatte sich die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft schon bei ihrer Gründung auf das Prinzip der Vielsprachigkeit verständigt.

Doch das Prinzip der Vielsprachigkeit steht zunehmend in Frage durch die fast ausschließliche Verwendung eines globalisierten Englisch als Verkehrssprache. Damit ist die „Gefahr einer Diglossie“ verbunden, einer funktionalen Zweisprachigkeit: „Dabei würden irgendwann alle wichtigen Dinge nur noch auf Englisch verhandelt. Für die übrigen Sprachen blieben eines schlechten Tages bloß noch die Domänen Familie, Freunde und Folklore übrig“. (Prof. Dr. Gerhard Stickel, Präsident der Europäischen Föderation nationaler Sprachinstitutionen www.goethe.de/ges/spa/prj/sog/deindex.htm?wt_sc=sprachen-ohne-grenzen).

Deshalb sollte auch nach Ansicht der Europäischen Föderation nationaler Sprachinstitutionen auf den Gebrauch von mehr als einer Arbeitssprache bestanden werden.

Mehrere gleichberechtigte Arbeitssprachen auf allen Ebenen und in allen Institutionen der EU verhelfen dem Prinzip der Mehrsprachigkeit wieder zu mehr Geltung. Wenn Mehrsprachigkeit wieder dauerhaft zum Normalfall wird, würde sich so auch die Situation der kleineren europäischen Sprachen verbessern.

Es ist daher hohe Zeit für die Bundesregierung – nach dem gescheiterten Versuch von 2010 – eine neue Initiative für Deutsch als dritte offizielle Arbeitssprache der GASP zu starten.

Die deutsche Sprache ist hierfür geeignet, weil sie die in der EU – nach dem Englischen – die am weitesten verbreitete Sprache ist: 32 % der EU-Europäer können Deutsch. 18 % sind Muttersprachler und 14 % haben Deutsch als Fremdsprache gelernt. Französisch sprechen insgesamt 26 %. Englisch wird dagegen auch nach einem Brexit die dominante Verkehrssprache in der EU bleiben, da 38 % der EU-Bürger Englisch als Fremdsprache beherrschen. Dieser Anteil wird weiterhin zunehmen.

Ob der Anteil derjenigen, die Deutsch als Fremdsprache gelernt haben, in der EU in Zukunft zurückgehen und damit das Prinzip der Vielsprachigkeit weiter geschwächt wird, hängt auch wesentlich von entsprechenden Erfolgen der Bundesregierung auf der EU-Ebene ab.

Eine bewusste Sprachpolitik zur Förderung des Deutschen als zweiter Verkehrssprache in der EU hätte auch wirtschaftspolitische Bedeutung. Gar nicht in erster Linie für die deutsche Exportförderung innerhalb der EU, sondern gerade umgekehrt für die Erleichterung des Zugangs zum deutschen Markt. Wenn in der EU allgemein die Handelsbilanzungleichgewichte Deutschlands beklagt werden, dann können verstärkte Wirtschaftsaktivitäten der europäischen Partnerländer – Exporte nach Deutschland oder die Sekundäreinkommen (Überweisungen in Deutschland tätiger Fachkräfte in ihre jeweiligen Heimatländer) – diese abbauen helfen. Dazu kann die Sprachförderung – Erlernen von Deutsch als erster oder zweiter Fremdsprache – beitragen. Im Hinblick auf die erwünschte verstärkte Arbeitsmigration innerhalb der EU wäre diese Sprachpolitik sinnvoll.

Nicht zuletzt ist darauf hinzuweisen, dass die verstärkte Förderung der Verwendung der eigenen Landessprache in Politik, Wissenschaft und Wirtschaft Deutsch als Kultursprache erhält und weiterentwickelt. Das ist notwendig, um einer Verflachung der Sprache entgegenzuwirken – die unweigerlich Rückwirkungen auf das allgemeine Bildungsniveau in Deutschland selbst hätte.